

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt

Gäste:

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum
Vorlage: 11/SVV/0712
Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage -
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
- 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt
Vorlage: 11/SVV/0896
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2011

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze teilt mit, dass die DS 11/SVV/0712 in Abstimmung mit der Fraktion Die Andere zurückgestellt wird, da die Vertreter von Ver.di und der Landeskrankenhausgesellschaft ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt haben.

Sie weist darauf hin, dass die Antwort der Landeskrankenhausgesellschaft allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Auch die AOK Nord-Ost als zuständige Krankenkasse hat die Teilnahme an der Sitzung abgesagt.

Des Weiteren schlägt Frau Schulze vor, die Drucksachen 11/SVV/0818 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ (TOP 4.6) und 11/SVV/0834 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages“ (TOP 4.7) zurückzustellen, da die Haushaltsklausuren in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0878 „Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)“ sowie 11/SVV/0960 „Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"“ sollten vorgezogen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 beraten werden, da Herr Böttche im Anschluss beide Drucksachen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vertreten muss.

Der Haushalt 2012 sollte eingebracht werden, um in der Februar-Sitzung eine Beschlussempfehlung geben zu können. Der Wirtschaftsplan des KIS sowie Eckwertebeschluss wurde bisher durch den Ausschuss für Gesundheit und Soziales lediglich zur Kenntnis genommen. Frau Schulze schlägt vor, auch in diesem Jahr beide Drucksachen zur Kenntnis zu nehmen.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Bundesprogramm Bürgerarbeit

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass zur Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2012 durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage zum Bundesprogramm Bürgerarbeit vorgelegt wird. Sie erinnert daran, dass mit Beschluss 11/SVV/0606 der Oberbürgermeister beauftragt wurde, im Rahmen des Bundesförderungsprogramms „Bürgerarbeit“ bis zu 100 zusätzliche Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam zur Verfügung zu stellen und geeignete Arbeitsförderträger mit der Realisierung des Vorhabens vertraglich zu beauftragen.

Zum 30. Mai 2011 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Arbeitnehmerüberlassung im Modellprojekt „Bürgerarbeit“ grundsätzlich zugelassen. Im Rahmen der Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zum 01.12.2011 sind zwei, bis dahin nicht relevante, Herausforderungen aufgetreten:

1. Eine grundsätzliche Erlaubnis der Agentur für Arbeit zur Arbeitnehmerüberlassung ist zwingend erforderlich.
2. Die Teilnehmenden (Leiharbeitnehmer) haben die Möglichkeit klageweise eine Vergütung nach dem Equal-Pay-Gebot (Orientierung am TVÖD) geltend zu machen.

Im Zuge dieser neuen Rahmenbedingungen sehen sich die empfohlenen Träger

nicht in der Lage als Arbeitgeber im Sinne der Bürgerarbeit aufzutreten. Eine Realisierung des Vorhabens unter den maßgeblichen Rahmenbedingungen des Beschlusses ist nicht möglich.

Um dem grundsätzlichen Inhalt des Beschlusses zu entsprechen, stellt die Projektträgerschaft der Landeshauptstadt Potsdam die einzige gangbare Lösung dar. In diesem Sinne würde die Stadtverwaltung Potsdam als direkter Arbeitgeber auftreten.

Um einen schnellen Beginn der Maßnahme zu gewährleisten, sollte die Drucksache möglichst in der StVV am 25.01.2012 beschlossen werden.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Beschlussvorlage bei Bedarf in den Fraktionssitzungen am 23.01.2012 zu erläutern. Ein entsprechendes Schreiben ist auf dem Weg.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

Behindertenbeirat

Der Bericht des Behindertenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor:

„Der Beirat hat in den letzten Wochen an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen:

1. Fahrstühle Hauptbahnhof und Bhf. Griebnitzsee

Gemeinsam mit dem ABB Potsdam wurde erreicht, dass mit der Umstellung des Fahrplanes (langfristiger Ausfall der Regionalverbindung Potsdam-Berlin) nach mehreren Verhandlungen eine Zwischenlösung gefunden wurde.

Der Fahrstuhl zur S-Bahn wurde in mehreren Reparaturversuchen nun gangbar gemacht, indem, der Antrieb aus dem Fahrstuhl zum Regionalgleis entnommen wurde.

Daher ist nun das Regionalgleis nicht mehr für Rollis erreichbar. Bei rechtzeitiger Information an die Bahn AG wird der Regionalzug nach Brandenburg auf ein erreichbares Gleis umgeleitet. Eine spontane Nutzung (oder für Ortsfremde) ist nicht gewährleistet.

Ein neues Antriebsaggregat ist bestellt.

2. Teilhabeplan

Der Beirat ist in den Arbeitsgemeinschaften zur Erarbeitung des Teilhabeplans aktiv eingebunden.

3. Werkstattverfahren Schwimmhalle

Das Werkstattverfahren zur Ermittlung der optimalen Badversorgung der Landeshauptstadt wird durch den Beirat durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 1 aktiv unterstützt.“

Seniorenbeirat

Herr Puschmann informiert, dass der Seniorenbeirat die Kooperationsvereinbarung mit dem Evangelischen Zentrum für Altersmedizin geschlossen hat.

Frau Laabs fragt, welche Tätigkeiten die Kooperationsvereinbarung beinhaltet.

Herr Puschmann erklärt, dass es sich hierbei z.B. um Begleitung zu kulturellen Veranstaltungen oder Einkäufen handelt. Dies erfolgt dann in der Zeit zwischen

Frühstück und Mittag sowie zwischen Mittag und Abendbrot.

Frau Pawelsz-Wolf fragt, ob die Ehrenamtlichen bei dieser Tätigkeit begleitet werden.

Herr Puschmann bejaht dies. Es erfolgt eine Anleitung durch Fachkräfte.

Migrantenbeirat

Frau Ngo berichtet, dass der Migrantenbeirat auch im Jahr 2012 wieder in vielen Gremien aktiv mitwirken wird.

Die Sprechstunde der Mitglieder des Migrantenbeirates in seiner Geschäftsstelle in der Hegelallee wird ebenfalls wieder durchgeführt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder, möglichst bis zum 03.02.2012 Fragen bei Frau Spyra einreichen, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, auf die Fragen zu reagieren.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt den Haushalt für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt ein und gibt Erläuterungen.

Für das Haushaltsjahr 2012 ist Folgendes geplant:

Erträge 53.798.300 Euro

Aufwendungen 103.440.400 Euro

Im Vergleich zum Vorjahr sind dies weniger Erträge in Höhe von -426.800 Euro und Mehraufwendungen in Höhe von +1.926.600 Euro.

Die Mindererträge ergeben sich aus der Absenkung der Sonderbedarfsergänzungszuweisung des Bundes (Strukturausgleich für die ostdeutschen Bundesländer) in Höhe von 19,3 % entsprechend 2,1 Mio. Euro. Gleichzeitig hat der Bund seine Beteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht, von bisher 16 % auf 45 % im Jahr 2012. Geplant ist, die Bundesbeteiligung im Jahr 2013 auf 75 % zu erhöhen und im Jahr 2014 auf 100%. Zu den beiden letztgenannten Daten liegen allerdings noch keine Regelungen vor.

Für Potsdam bedeutet dies Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Allerdings verringert auch das Land seinen Zuschüsse zur Grundsicherung und zum Wohngeld, so dass letztlich Mindererträge in der oben genannten Höhe entstehen.

Die Mehraufwendungen ergeben sich aus folgenden großen Haushaltspositionen:

Hilfe zur Pflege 586.000 Euro

Personalkosten	466.500 Euro
Grundsicherung im Alter	329.000 Euro
Grundsicherung SGB II	370.000 Euro
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII	125.000 Euro

Der Rest ergibt sich aus verschiedenen kleineren Positionen.

Frau Schulze bittet darum, die Ausführungen schriftlich auszureichen, um diese für die Haushaltsklausuren der Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es auch Kürzungen gibt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben nichts wegfällt.

Herr Schultheiß verweist auf seine Tischvorlage, die er an alle Ausschussmitglieder zu Beginn der Sitzung ausgereicht hat und erläutert diese. Er fragt nach den Fallzahlen. Diese sind seines Erachtens nach nicht in den ausgereichten Unterlagen zu finden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nur ganz wenige freiwillige Leistungen gibt. Dazu gehört z.B. die AIDS-Hilfe. Diese soll aus Sicht der Verwaltung unbedingt weiter finanziert werden.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Debatte zum Haushalt in der Februar-Sitzung des Ausschusses erfolgen sollte. Sie verweist auf die ausgereichte Liste zur Förderung der freien Träger, die bereits in der Arbeitsgruppe, in die Herr Fröhlich, Herr Günther und sie selbst gewählt wurden, beraten wurde. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich bei Fragen zur Liste an Herrn Burchert (Tel. 289-2099) zu wenden.

zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Seite 13 des Haushaltssicherungskonzeptes und macht deutlich, dass von Seiten der Verwaltung die Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder abgelehnt wird, da hier die Fallzahlen gestiegen sind.

Bezug nehmend auf das 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz teilt sie mit, dass dies mit dem Projekt „Gesundheitsamt 2020“ in Bearbeitung ist.

Die Heilpraktikerprüfungen sind in 2011 erfolgreich auf das Ansbacher Modell umgestellt worden.

Weitere Produkte im Haushaltssicherungskonzept betreffen den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nicht.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Teil des Haushaltssicherungskonzeptes, der den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt betrifft.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 1

Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.

zu 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und begründet diese.

Frau Schulze fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände gibt, dass der Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass die LHP über ihre Verhältnisse lebt. Er äußert Bedenken, dass der Gesamtschuldenbetrag immer weiter aufwächst. Der Bereich Gesundheit und Soziales hier zu einem sehr großen Teil betroffen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass alle Haushaltspositionen sehr gründlich geprüft werden. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass sich der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz vorwiegend im pflichtigen Bereich befindet. Auch hier werden sehr streng die Kosten mit den einzelnen Trägern verhandelt. Es wird ganz massiv daran gearbeitet, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Sie weist auch auf die hervorragende Versorgung mit Kindertagesplätzen in der LHP hin. Hier werden nur Kinder mit einem Rechtsanspruch versorgt.

Herr Schultheiß macht deutlich, dass es aus seiner Sicht auch im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz noch Möglichkeiten gibt, restriktiver zu sein.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies ab.

Frau Schulze bittet, darüber abzustimmen, ob eine Beschlussempfehlung an die StVV abgegeben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 9

Stimmhaltung: 1

Somit wird die Drucksache lediglich zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS

Frau Schulze stellt fest, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales inhaltlich nicht für Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 zuständig ist. Sie empfiehlt, die Drucksache zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Böttche (Bereich Wohnen) stellt den Wohnungsmarktbericht 2010 vor und gibt Erläuterungen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen auf Seite 32 des Berichts zur Belegungsbindung und macht deutlich, dass diesbezüglich Erfolg versprechende Gespräche mit der ProPotsdam, dem MIL und der ILB geführt werden. Konkretere Informationen kann sie derzeit nicht geben, sagt aber zu, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste Information erfolgt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 14.02.2012.

Herr Besancon fragt, wie viele der Wohnungen, die 2010 gebaut wurden, zum Verkauf und wie viele zur Miete vorgesehen sind.

Herr Böttche erklärt, dass diese Wohnungen als Mietwohnungen errichtet wurden.

Des Weiteren fragt Herr Besancon, wie viele der Mietwohnungen konnten mit WBS vermittelt werden.

Herr Böttche antwortet, dass ca. 50 % dieser Wohnungen über einen WBS vermittelt wurden.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Mietwohnungen, die nicht vermietet werden können, im privaten Besitz sind, also keine städtischen Wohnungen.

Herr Böttche erklärt, dass der überwiegende Teil der vermietbaren Wohnungen im privaten Bestand ist, aber auch ein Teil bei der GEWOBA. Dies trifft auch für die unvermietbaren Wohnungen im Bestand zu.

Frau Laabs spricht das Thema Wohnungssicherung an und fragt, warum diese erst aktiv wird, wenn der Mieter die Kündigung hat.

Herr Böttche erklärt, dass hier die Zielstellung ist, so früh wie möglich einzugreifen. Es hängt aber auch davon ab, wie schnell der einzelne Betroffene handelt.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen dazu auf Seite 21 und weist darauf hin, dass nicht jeder Bürger bereit ist, rechtzeitig auf die Verwaltung zuzugehen.

Frau Schulze bittet, bei künftigen Berichten schwerpunktmäßig aufzuzählen, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung für die eigene Arbeit zieht.

Herr Böttche merkt an, dass bei diesem Bericht bewusst darauf verzichtet wurde. Inhaltliche Fragen werden mit dem kommunalen Wohnkonzept bearbeitet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"

Vorlage: 11/SVV/0960

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass das Konzept, wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt, zusammen mit Experten erarbeitet wird. Es gibt fünf Arbeitsgruppen, die wesentliche Eckpunkte erarbeiten.

Das Expertengremium hat sich in seiner Sitzung am 15.12.2011 konstituiert und die Arbeit aufgenommen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits eine Verabredung gibt, einen Zwischenbericht zu geben, auch vor dem Hintergrund, dass es einen Verfahrensablauf in der Mitteilungsvorlage gibt. Wie erfolgt die Einbeziehung der unterschiedlichen Interessengruppen?

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Zwischenergebnisse präsentiert werden sollen.

Herr Böttche informiert, dass am 19.01.2012 das nächste Treffen des Expertengremiums stattfinden wird. Als erster Schritt erfolgt die Erstellung des Internetportals. Auch ein Fragebogen soll erarbeitet werden. Es wird eine möglichst breite Beteiligung der Interessengruppen angestrebt.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es ihr hierbei insbesondere um die Feststellung geht, was eine Interessengruppe ist, aus wem diese besteht, wer diese vertritt. Hierzu müssen Gruppen festgelegt werden, die befragt werden sollen. Wer definiert die Interessengruppen?

Herr Böttche erklärt, dass es eine repräsentative Befragung sein soll, bei der aber auch bestehende Interessengruppe einbezogen sollen, wie z.B. Studenten über die sog. Studierendenräte.

Wie die Beteiligung konkret erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht aber, dass es eine breite Beteiligung geben soll.

Er sagt zu, in der August-Sitzung 2012 des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Information zu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt
Vorlage: 11/SVV/0896**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012

Frau Schulze verweist auf die mit als Tischvorlage ausgereichte aktualisierte Themenplanung für das 1. Halbjahr 2012 und bittet die Ausschussmitglieder, weitere Vorschläge möglichst bis zum 03.02.2012 an Frau Spyra zu senden. In der nächsten Ausschusssitzung sollte dazu dann eine kurze Verständigung erfolgen.

zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
14. Februar 2012, 18:00 Uhr**

**Jana Schulze
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**